

## CDU vor Ort

Der CDU Kreisvorstand hat bereits bei seinen letzten Sitzungen in Oberpöllnitz und Remptendorf deutlich gemacht, dass sich die CDU Saale-Orla um die Probleme direkt vor Ort kümmert. Der CDU Kreisvorstand wird auch in Zukunft sein Zusammenkommen nutzen, um mit den Menschen vor Ort mittels Ortsbegehungen, Unternehmensbesichtigungen und Beratungen mit Politikern vor Ort ins Gespräch zu kommen. Bereits zu den letzten beiden Kreisvorstandssitzungen in Oberpöllnitz und Remptendorf wurde dieses Vorhaben umgesetzt.

In Oberpöllnitz stand die Besichtigung des Unternehmens Schumann Reisen, sowie des Freizeit- und Ferienhotels „Storchennest“ und eine Ortsbegehung auf dem Programm. In Remptendorf kam man mit Bürgermeister Thomas Franke im Rahmen einer Ortsbegehung über die Politik vor Ort ins Gespräch.

CDU Kreisvorsitzender Siegfried Wetzels macht deutlich: „Wir werden uns ab sofort regelmäßig zu jeder Kreisvorstandssitzung um die konkrete Situation in unseren Städten und Gemeinden im Landkreis kümmern. Wir wollen nicht hinter verschlossenen Türen tagen, sondern die Probleme der Menschen direkt vor Ort aufgreifen, um so Impulse für unsere Politik zu bekommen. Wir wollen uns als Thüringenpartei um die Menschen kümmern. Die Menschen im Landkreis können sich sicher sein, dass wir jederzeit für sie da sind.“



# Dumm gelaufen Herr Landrat!

Der Gerichtsbeschluss des Thüringer Obergerichtes Weimar (8 DO 885/04) bestätigt unsere lange gehegte Auffassung, dass die Suspendierung des Pößnecker Bürgermeisters Roolant Willkür und Unrecht war. Der Vorgang zeigt, wie Landrat Roßner mit politisch andersdenkenden umgeht.

Dass Herr Roßner den CDU-Bürgermeister Roolant nicht gerade ins Herz geschlossen hat, ist aus der Tatsache erklärlich, dass er bis 1999 SPD-Oppositionsführer im Pößnecker Stadtrat war. Er konnte schon damals weder Kritik vertragen noch lies er andere Meinungen gelten.

Mit der Wahl im Januar 2000 zum Landrat nahmen die Auseinandersetzungen aber eine neue



**Michael Roolant wieder im Amt.**

## [www.cdu-sok.de](http://www.cdu-sok.de)

## Wir kümmern uns um die Probleme der Bürger!

Besser für die Menschen im Saale-Orla-Kreis.



**CDU** SAALE-ORLA

Fortsetzung von Seite 1

„Qualität“ an. Strafanzeigen, Disziplinarverfahren, Amtsenthebung und künstlich konstruierte Schadenersatzklagen sollten den Widersacher beseitigen. Das nennen wir Machtmissbrauch. Leider haben sich auch einzelne Mitglieder des Pöbnecker Stadtrates aus wiederum eigennützigen Motiven davon anstecken lassen.

Der Beschluss des OVG macht deutlich, dass „... erhebliche Zweifel an einem fairen Verfahren...“ (gemeint ist das Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Roolant) bestehen. Zu den Einzelvorwürfen, insbesondere zum Thema Bad, Fördermittelbeantragung, Fördermittelrückzahlung etc. ist durchweg „kein Fehlverhalten“ des Bürgermeisters festgestellt worden. Vielmehr ist hier von der „Mitverantwortung der Rechtsaufsichtsbehörde“ die Rede und es wird auch immer auf die entsprechenden Beschlüsse des Stadtrates verwiesen. Dies gilt ebenso für die Dienstwagennutzung als auch im Zusammenhang falscher Behauptungen zu Dienstreisen. So heißt es im OVG-Beschluss zur „Dubai-Reise“: „Insofern ist mithin festzustellen, dass der Antragsteller (Bürgermeister) weder sich noch einen Dritten aus eigennützigen Motiven auf Kosten der Stadt einen Vermögensvorteil verschaffen wollte, sondern dies wohl noch im Interesse der Stadt lagen.“ Auch alle verleumderischen Behauptungen bezüglich des privaten Hauses am Kirchplatz wurden vom OVG nicht bestätigt.

„Vielmehr hat der Senat derzeit den Eindruck gewonnen, dass nach aktueller Sach- und Rechtslage der Antragsteller (Bürgermeister) sich nichts, bzw. nichts schwerwiegendes hat zu Schulden kommen lassen...“

Die Bürger können trotzdem gespannt sein, was sich der Landrat mit seinen „Getreuen“ im Stadtrat aus blindem Hass noch alles einfallen lässt. Die Bürger des Saale-Orla-Kreises haben es in wenigen Monaten bei der Landratswahl in der Hand, dieses unwürdige Schauspiel zu beenden.

# Arbeit statt Rot/Grün

## Siegfried Wetzel: Jeder Tag weniger Rot/Grün, ein Zugewinn für Deutschland

Die Arbeitslosigkeit ist seit der Bundesregierung von Helmut Kohl 1998 von 3,8 Mio Arbeitslosen in 7 Jahren Schröderregierung auf 5 Mio gestiegen und Schröder wollte sich doch daran messen lassen, dass er die Arbeitslosenzahlen senken wollte. Täglich exportiert Deutschland ca. 2.000 Arbeitsplätze ins Ausland, dank verfehlter Politik auf ganzer Linie, besonders der Steuerpolitik.

1.500 Sozialversicherungspflichtige Zuzahler verliert Deutschland jeden Tag seit der letzten Bundestagswahl.

Der Staatshaushalt ist ruiniert. Alle Sozialkassen stehen am Rande der Pleite. Das Wirtschaftswachstum wird von Jahr zu Jahr ständig nach unten korrigiert und erreicht nicht einmal die Inflationsrate, zu gut Deutsch, seit Jahren herrscht in Deutschland das geflügelte Wort vom Minuswachstum. Die jetzige Bundesregierung hat nach der Bundestagswahl 2002 eine solch desolante Struktur vorgefunden, die eine Regierung unter Schröder seit 1998 angerichtet hat, auf 16 Jahre Kohl kann es nun keiner mehr schieben.

Die Stimmung in Deutschland ist düster. Der kleine Mann hält seinen Geldbeutel fester, die Konsumtion fällt zusehender und nichts kurbelt die Wirtschaft an. Es wird Zeit, dass wir ins wieder Werte geben. Sie nicht in endlosen neoliberalistischen Debatten nur beschwören, aber nichts dafür tun, außer die letzten Werte zerreden lassen.

Doch das Ende von Rot/Grün im Bund rückt näher. Die Konservativen brauchen umgehend ihr Programm, um den Wählerinnen und Wählern Vertrauen auf ein besseres Handeln zu vermitteln.





# Das Konzept Bildung und Betreuung

## Jeder Tag weniger Rot/Grün, ein Zugewinn für Deutschland

Fortsetzung von Seite 2

Was wir brauchen ist nicht nur eine leichte Kurskorrektur, wir brauchen einen dringenden Kurswechsel:

- in der Wirtschafts- und Steuerpolitik mit einer dringenden Steuerreform,
- eine konsequente Arbeitsmarktreform,
- sowie Maßnahmen zur Sanierung der Sozialkassen.

Nur so kommt Deutschland innerhalb Europas vom letzten Platz weg, wieder an die Spitze. Eine Neid- und sinnlose Kapitalismusdebatte eines SPD Bundesvorsitzenden wird dieses Ziel nicht herbeireden.

Leistung und Investitionen sind jetzt mehr denn je gefragt, wenn das deutsche Schiff nicht vor die Wand fahren soll, wenn die Menschen wieder Mut und Zuversicht in ihre Zukunft haben sollen.

Optimale Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche in der gemeinsamen Verantwortung der Familie, des Landes und der Kommunen. Das ist das Ziel des „Konzepts Bildung und Betreuung von 2 bis 16“.

Durch ein ganzes Bündel unterschiedlicher Maßnahmen sollen unter anderem die frühkindliche Bildung gestärkt und soziale Benachteiligungen durch die Zusammenarbeit von Elternhäusern, Kindertageseinrichtungen, Horten und Grundschulen abgebaut werden. Mehr verbindliche und offene Ganztagsangebote und Qualitätssicherung sind weitere Schwerpunkte des Konzepts. Die Bündelung von Schuljugendarbeit, Schulsozialarbeit und kommunaler Jugendarbeit eröffnet gute Möglichkeiten, die Arbeit der Schulen und örtlicher Angebote, etwa von Vereinen, besser miteinander zu verknüpfen.

Die Verantwortung für das Hortpersonal wird auf die Kommunen und freien Träger übertragen. Die Personalkosten werden vom Land in vollem Umfang erstattet. Dazu soll bis 2008 ein Pakt zwischen Freistaat und Kommunen geschlossen werden. Was spricht für eine Kommunalisierung der Horte? Aus der Erfahrung der PISA-Gewinner Finnland, Großbritannien und Schweden wissen wir, dass kommunale Horte besser für Kinder und Eltern sind. Sie können flexibler auf Veränderungen rea-

gieren und die Ausbildung der Erzieher ist besser auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmt. Die Horterziehung bleibt fester Bestandteil der Grundschulbildung, da zukünftig unter Einbeziehung der Schulkonferenzen die inhaltliche Abstimmung der pädagogischen Konzepte zwischen Grundschule und Träger der Horte erfolgt. Das stärkt besonders das Mitspracherecht der Eltern.



Der CDU Kreistagsfraktionsgeschäftsführer Stefan Gruhner trat Befürchtungen hinsichtlich der Kommunalisierung der Horte entgegen: „Die örtliche Ebene erhält dadurch weit größere Gestaltungsspielräume, in der Verantwortung der Kommune oder mit freien Trägern lokal passgenaue Angebote zu erarbeiten. Dieser Weg eröffnet Möglichkeiten, Schulen in der Region weiter zu profilieren. Daher sollte auch der Landkreis mit Mut und Optimismus auf diese Aufgabe blicken. Vielfalt für unsere Kinder ist der eigentliche Schlüssel zum Erfolg“, so Gruhner abschließend.

Die Landesregierung hat eine neue Offensive für Familien gestartet. Die Familienoffensive ist eine positive Entscheidung für die junge Generation in Thüringen. In finanziell schwieriger Lage setzt die Thüringer Landesregierung ein Signal für die Familienfreundlichkeit des Freistaats. Positiv ist die neue Wahlfreiheit der Eltern zwischen einem Kindergartenplatz und der eigenen Betreuung des Kindes. Durchschnittlich kostet ein Kindergartenplatz 438 € wobei die Eltern davon 64 € als Eigenbeteiligung tragen. Der Weg über die kommunale Investitionspauschale weist in die richtige Richtung, weil er sich an der tatsächlichen Kinderzahl orientiert. Gleichwohl ist die Entscheidung für Familien und Kinder jedoch vor allem ein persönlicher Entschluss. Diesen kann und soll der Staat unterstützen, kann ihn aber nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder muss weiterhin in der Verantwortung der Familie bleiben. Durch die Familienoffensive sind Beruf und Familie besser vereinbar. Das Konzept der Landesregierung ermutigt gerade Jugendliche, hier zu leben, zu arbeiten und Familien zu gründen.

# CDU steht für solide Finanzpolitik im Landkreis

**Thomas Fügmann: „Wir sind bereit auch unpopuläre Entscheidungen zum Wohle des Landkreises zu treffen“**

Mit einem klaren Plädoyer für solide Haushaltsführung, Sinn für Realismus und Zukunftssicherung verdeutlichte der Vorsitzende der CDU Fraktion im Kreistag, Thomas Fügmann, am 21. März in der Haushaltsdebatte die Position der Union zum Etatentwurf 2005. Fügmann machte zu Beginn seiner Rede deutlich, dass angesichts der dramatischen Situation auf dem Arbeitsmarkt ein Zusammenwirken aller demokratischen Parteien dringend geboten ist. „Wir stehen vor der schwierigsten Haushaltsdebatte seit Bestehen des Landkreises. Platz für Polemik gibt es deshalb nicht. Unser Motto ist: Zur Sache und Anpacken. Wir sind bereit auch unpopuläre Entscheidungen zum Wohle des Landkreises zu treffen.“

Thomas Fügmann machte dennoch, bevor er die Vorschläge der CDU zur Gestaltung des Kreishaushaltes 2005 vorstellte, die Kritik der CDU an der Haushaltspolitik des Landrates an einigen Beispielen deutlich. Hauptkritikpunkt der CDU Kreistagsfraktion am Haushaltsentwurf 2005 war demnach die geplante 4%ige Erhöhung der Kreisumlage auf über 40%. Fügmann sagte, dass „dies eine Zumutung für die Städte und Gemeinden im Landkreis ist und deren Handlungsfähigkeit zum Nachteil der Bürger massiv beschnitten wird.“ Außerdem kritisierte Fügmann das fehlende Haushaltssicherungskonzept des Landkreises. Einen weiteren Schwerpunkt den Fügmann nannte, zielte auf die Belastung des Kreishaushaltes von über 5 Mio. € „durch die jahrelang verfehlte Krankenhauspolitik des Landkreises“ ab. „Wäre man dem Vorschlag der CDU in der Frage der Krankenhauspolitik im Jahr 2000 gefolgt, stünden wir heute blendend da“, stellte der CDU Fraktionschef klar.

Fügmann schlug vor, zur Konsolidierung des Kreishaushaltes endlich eine solide und nachhaltige Schulnetzplanung auf den Weg zu bringen. „Die CDU hat in dieser Frage immer Bereitschaft gezeigt und Vorschläge gemacht. Wir wollen uns der Realität stellen.“

Außerdem mahnte Fügmann dringenden Reformbedarf beim ÖPNV an, da hier die Kosten explodiert seien. Außerdem zeigte der Vorsitzende der CDU Fraktion auf, dass man im vergangenen Jahr durch eine globale Haushaltssperre die Ausgaben deutlich einschränken konnte und daher alle Positionen auf Einsparungen gründlicher geprüft werden müssen. Einen weiteren Punkt den Fügmann aufzeigte, ist die Hohe finanzielle Belastung durch die Kosten des Fachdienstes Wirtschaftsförderung/Kreisentwicklung in Höhe von 410000 €, obwohl der Nutzen der Arbeit des Fachdienstes nicht ganz klar sei.

## Die 4 Eckpunkte der Familienoffensive:

- 1) Das bisherige Landeserziehungsgeld, das vom 2. Geburtstag eines Kindes an einkommensabhängig und für sechs Monate gezahlt wird, wird durch ein Thüringer Erziehungsgeld abgelöst. Alle Eltern mit Kindern zwischen 2 und 3 Jahren sollen künftig 150 Euro für das erste Kind, 200 Euro für das zweite Kind, 250 Euro für das dritte Kind, 300 Euro für das vierte und weitere Kinder je Monat bekommen.
- 2) Es wird eine kommunale Investitionspauschale in Höhe von je 1.000 Euro für jedes neugeborene Kind gewährt. Damit sollen Investitionen in Kindergärten, Schulen, Familienzentren, Spielplätze und weitere Vorhaben in der Kinderbetreuung bezahlt werden.
- 3) Eine geplante Landesstiftung FamilienSinn soll die Angebote zur Familienbildung, Familienhilfe und allgemeinen Schwangerschaftsberatung vom Haushalt unabhängig dauerhaft sichern. Die Landesstiftung soll aus Mitteln des bisherigen Landeserziehungsgeldes in den nächsten beiden Jahren finanziert werden. Innerhalb von 2 Jahren kommt so ein Stiftungskapital von 34 Mio. Euro zu Gunsten der Familien zusammen.
- 4) Die Kindertagesstättenfinanzierung wird neu geregelt. Die bisherigen Landeszuschüsse pro Einrichtung - unabhängig von der Belegzahl - werden durch eine Förderung pro Kind ersetzt. Die Kommunen erhalten dann eine Kinderpauschale von 100 Euro pro Kind und Monat, unabhängig davon, ob das Kind tatsächlich eine Kindertageseinrichtung besucht. Gründen.

06.06.  
Julia Schober, Kleindembach

08.06.  
Doris Kieselbach, Hirschberg  
Friedrich Schütz, Tanna

09.06.  
Ingeborg Köcher

10.06.  
Marina Fügmann, Görkwitz  
Rudi Geipel, Tanna

12.06.  
Elisabeth Stey, Saalburg-Ebersdorf  
Maria Wetterling, Pößneck

13.06.  
Birgit Kämmerle, Neustadt an der Orla  
Heidrun Wetzel, Schleiz

14.06.  
Helga Teubert, Hirschberg  
Eberhard Wachter, Tanna

15.06.  
Gerhard Koch, Saalburg-Ebersdorf

17.06.  
Günter Fuchs, Remptendorf  
Peter Tomada, Lemnitz

18.06.  
Bärbel Völlm, Tanna

19.06.  
Robby Franz, Tanna

20.06.  
Joachim Göller, Oettersdorf  
Dirk Heinrich, Saalburg-Ebersdorf

21.06.  
Robert Mailbeck, Neustadt an der Orla  
Manfred Stey, Saalburg-Ebersdorf

22.06.  
Josef Kahls, Bodelwitz  
Otto Weiss, Pößneck

23.06.  
Jens Beutel, Pößneck  
Reinhold Müller, Hirschberg  
Judith Weise, Remptendorf

26.06.  
Matthias Blume, Weltwitz

27.06.  
Anita Picker, Schleiz

28.06.  
Sandra Fröhlich, Remptendorf  
Leander Rothemann, Schleiz



# CDU kümmert sich um Umsetzung von Hartz IV im Landkreis



## Klausurtagung von Fraktion und Kreisvorstand mit Geschäftsführerin der ARGE in Röppisch

Zu einer gemeinsamen Klausurtagung kam am Montag, den 2. Mai die CDU Kreistagsfraktion und der CDU Kreisvorstand in Röppisch zusammen, um sich mit der Geschäftsführerin der ARGE, Dagmar Seidler, über den aktuellen Stand der Umsetzung von Hartz IV im Landkreis zu informieren und die zukünftige Entwicklung in dieser Frage zu beraten. Die Geschäftsführerin der ARGE zog eine erste Bilanz seit dem Start von Hartz IV am 1. Januar 2005 im Saale Orla Kreis und informierte, über den gegenwärtigen Stand an Bedarfsgemeinschaften, sowie über die personelle Besetzung und die Finanzausstattung der ARGE. In diesem Zusammenhang erläuterte Seidler, dass es im Landkreis gegenwärtig 4464 Bedarfsgemeinschaften gibt. Problematisch sei allerdings, dass man ursprünglich von nur 3700 Bedarfsgemeinschaften ausgegangen war und deren Anzahl momentan jeden Monat um 200 ansteigt. Im Gegensatz hierzu stünde die finanzielle Ausstattung, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit in Berlin von ursprünglich 9,1 Mio. auf 7,1 Mio. für den Saale Orla Kreis gekürzt habe.

Mit großer Besorgnis nahmen die CDU Kreistagsabgeordneten und Kreisvorstandsmitglieder den Sachverhalt auf, dass bereits 18 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen Arbeitslosengeld II beziehen und außerdem die Hälfte aller arbeitslosen Jugendlichen über keine Berufsausbildung verfügen. „Diesem besonders dramatischen Sachverhalt werden wir uns ganz intensiv widmen, schließlich ist die Ausbildung junger Menschen für deren Zukunft eine der zentralsten Fragen“, machte CDU Fraktions-

vorsitzender Thomas Fügmann in diesem Zusammenhang deutlich. Dagmar Seidler und die CDU Landtagsabgeordneten Siegfried Wetzel und Gottfried Schugens verwiesen daher auf das von der Landesregierung initiierte Jugendsofortprogramm, welches in Pößneck bereits in 2 Projekten mit 40 Jugendlichen durchgeführt wird.

Der Bürgermeister der Einheitsgemeinde Remptendorf, Thomas Franke und der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Ranis Ziegenrück, Wolfgang Poßner (beide CDU), merkten an, dass das gegenwärtige Verfahren zur Beantragung der „1- Euro Jobs“ für die Kommunen momentan noch relativ bürokratisch sei und die Abrechnung der Arbeitsstunden durch die Kommunen gegenüber der ARGE sehr aufwendig wäre. Thomas Franke regte an, dass Verfahren zu vereinfachen, um schneller Leute in Maßnahmen zu bringen und die Abrechnung der Arbeitsstunden zunächst zu pauschalieren, um den bürokratischen Aufwand zu verringern. Der Triptiser Bürgermeister, Berthold Steffen, ging kritisch auf die Haltung des Landrats ein, der sehr zögerlich mit der Problematik der Sachkostenerstattung für die Kommunen bei der Schaffung von Maßnahmen umgehe. Es sei wichtig, dass auch die Frage der Sachkosten, wie z.B. Arbeitsgeräte, sehr klar geklärt sein muss, um die Maßnahmen zum Erfolg zu führen, so Steffen. Außerdem wurde die Frage diskutiert, wie man in Zukunft gewährleisten kann, dass die sog. 1-Euro Jobs nicht dazu führen, dass auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze gefährdet werden.

# Unser „alter und neuer“ Favorit heißt: Thomas Franke

Judith Weise: „Wir können uns keinen besseren Kandidaten vorstellen“

## Kurzvita Thomas Franke

Die CDU in Remptendorf kann sich keinen besseren Kandidat für die Bürgermeisterwahl als den derzeitigen Amtsinhaber Thomas Franke vorstellen, denn er hat in den letzten 6 Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet. Zur letzten Bürgermeisterwahl hat Thomas Franke die Wahl als parteiloser Einzelkandidat gegen die damals noch als CDU-Mitglied kandidierende Elfriede Wetzel gewonnen. Sehr schnell hat er dann den Weg in unseren Mitte gefunden und sich für eine konservative Politik engagiert. Das harmonische Zusammenwachsen der 14 Ortsteile und die Erhaltung der dörflichen Vielfalt konnte kein anderer mit so viel Diplomatie und Konsequenz umsetzen, auch wenn es viele Besserwisser und Individualisten gab.

Zahlreiche Vorhaben, die den Einzelgemeinden allein nicht möglich gewesen wären, hat Thomas Franke gemeinsam mit dem Gemeinderat umgesetzt, den Schuldenstand halbiert und die Verwaltung in eine funktionierende bürgennahe Institution verwandelt. Mit Effizienz hat Thomas Franke als Vorsitzender der Zweckverbandes Wasser und Abwasser Lobensteiner Oberland dafür gesorgt, dass die Bürger nicht nur in Remptendorf geringere Gebühren bezahlen müssen als im gesamten Landesdurchschnitt. Von der Arbeit als Vorsitzender des Naturparkvereins „Thüringer Schiefergebirge/ Obere Saale“, und den vielen Stunden die Thomas Franke als Kreistagsmitglied aufwendet wird mancher Wähler profitieren, es aber kaum zu schätzen wissen, wie wichtig es auch für eine Gemeinde ist, dass ihr Bürgermeister „über den Tellerrand hinaus“ aktiv ist.

Unsere damalige Kandidatin Elfriede Wetzel hat die CDU aus Gründen verlassen, die kaum zu verstehen sind, die ihr die Auseinandersetzung in der Partei ersparen und eine Gegen-

kandidatur in der Bürgermeisterwahl ermöglichen haben. In der Tätigkeit als Gemeinderatsmitglied und Ortsbürgermeisterin ist sie kaum aktiv in Erscheinung getreten, die Arbeit in der Verwaltung hat sie aufgegeben, weil ihr die Selbständigkeit mit einem Partyservice wohl mehr Spaß macht. Es fehlt ihr die Qualifikation und das gesellschaftlich relevante Engagement, dass sich bei ihr auf Volkssolidarität und das Vereinshaus in Remptendorf beschränkt. Und wer in der Haushaltsdebatte des Gemeinderates keine Diskussionsbeiträge einbringen kann, im Wahlkampf aber der Presse suggeriert, dass er sich gründlichere Diskussionen wünscht, kann doch nur als wenig glaubhafter Schwätzer von den Wählern erkannt werden. Populistische Reden haben Deutschland und auch die Wähler der Gemeinde Remptendorf genug gehört, es geht am 5. Juni um einen kompetenten Bürgermeister der die ländliche Region in Remptendorf in der Diskussion um das Monstrum der nächsten Kreis- oder Gebietsreformen wirklich vertritt und der akuten Abwanderung junger Menschen aus unserer Region Konzepte, Stellungnahmen und Kompetenz entgegenzusetzen hat. Und wer in der Haushaltsdebatte des Gemeinderates keine Diskussionsbeiträge einbringen kann, im Wahlkampf aber der Presse suggeriert, dass er sich gründlichere Diskussionen wünscht, kann doch nur als wenig glaubhafter Schwätzer von den Wählern erkannt werden. Populistische Reden haben Deutschland und auch die Wähler der Gemeinde Remptendorf genug gehört, es geht am 5. Juni um einen kompetenten Bürgermeister der die ländliche Region in Remptendorf in der Diskussion um das Monstrum der nächsten Kreis- oder Gebietsreformen wirklich vertritt und der akuten Abwanderung junger Menschen aus unserer Region Konzepte, Stellungnahmen und Kompetenz entgegenzusetzen hat.



29.06.  
Siegfried Lecker, Tanna  
Christine Ulitzsch, Stanau

30.06.  
Wolf Klare, Blankenstein  
Gertrud Kurtzahn, Unterkoskau  
Adelheid Zeh, Wernburg

02.07.  
Ulf Erdmann, Pößneck  
Dr. Günter Franke, Knau  
Carola Steinchen, Pößneck

03.07.  
Volker Herber, Pößneck

04.07.  
Norbert Hetterle, Lobenstein

05.07.  
Horst Schilling, Wurzbach

06.07.  
Dietrich Geisenhainer, Schleiz  
Ruth Greis, Hirschberg  
Lutz Lauterbach, Langenora  
Klaus-Peter Haydt, Schleiz  
Rudolf Schreiber, Gebersreuth  
Erhard Weiser, Moßbach

07.07.  
Martin Schmidt, Tanna

08.07.  
Irmgard Zipfel, Hütten

09.07.  
Heinfried Pohl, Plothen

11.07.  
Alf-Heinz Borchardt, Pößneck  
Friedhold Sippel, Tanna

12.07.  
Kartin Gersdorf, Neundorf

13.07.  
Brigitte Nitzschke, Remptendorf

14.07.  
Willi Günther, Blankenberg  
Hertha Hoffmann, Görkwitz  
Michael, Horn, Triptis  
Doris Moser, Triptis

16.07.  
Thomas Fügmann, Görkwitz  
Adalbert Martin, Görkwitz

17.07.  
Regina Skibba, Neustadt an der Orla

19.07.  
Andreas Kästner, Neundorf

21.07.  
Jan Schübel, Wurzbach  
Matthias Wolfram, Tanna

22.07.  
Reinhard Picker, Schleiz

23.07.  
Annelie Geithner, Wurzbach

## Meinung

### Dr. Helmut Moßner: Das sagen die Senioren zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Am 3. Oktober 2005 beginnt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei. Nach einer Allensbach-Umfrage lehnen aber 66% der Deutschen den Beitritt der Türkei in die EU ab. Im Gegensatz dazu haben Kanzler Schröder und Außenminister Fischer den Ministerpräsidenten Erdogan zu diesem Schritt regelrecht ermuntert und bei ihren Staatsbesuchen den Beitritt favorisiert. Hingegen bezeichnet der renommiert Historiker Hans Ulrich Wehler den Bericht von EU-Kommissar Günter Verheugen zum Beitritt als schlampig. Ebenfalls vertritt er den Standpunkt, dass die Türkei mit dem christlich geprägten Eurpoa keine Wertegemeinschaft bildet. Genügend

Beispiele belegen dies. Blättert man in der Geschichte 90 Jahre zurück, so stößt man auf den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts, der am 24. April 1915 mit der Verhaftung und Verschleppung der armenischen Interlektuellen Istanbuls begann. Diese Progrome richteten sich unter osmanischer Herrschaft gegen das christliche Volk un seine Kultur. Die Vernichtung verlief nach zen traler und vorsätzlicher Planung. Frauen, Kinder und Alt schickte man auf Märsche durch die syrische Wüste, die ausschließlich darauf angelegt waren, möglichst viele Armenier durch Strapazen und Hunger zu töten. Für die Überlebenden wartete der Tod in der mesopotamischen Wüstenstadt Deir ez



# Happy Birthday



## Termine

### 20.07.2005

15:00 - 17:00 Uhr

Beratung des Wahlteams in der CDU-Kreisgeschäftsstelle in Saalfeld

### 21.07.2005

19:00 - 21:00 Uhr

Der Kandidat für den Bundestag im Wahlkreis 197 möchte die Vorsitzenden der Ortsverbände im Saale-Orla-Kreis näher kennenlernen und sie zur Mitarbeit anregen. Dazu lädt Falk Eichhorn alle in die Gaststätte "Wilhelmshöhe" in Schleiz ein, um seine Wahlvorhaben vor Ort zu erläutern.

### 01.08.2005

19:00 - 21:00 Uhr

Mit Edmund Stoiber, dem Ministerpräsidenten, hat sich ein hochkarätiger Gast aus Bayern angesagt, der auf der Wahlveranstaltung in Eisenach sprechen wird.

### 09.08.2005

20:00 - 21:00 Uhr

Versammlung des Ortsverbandes Burgk in der Gaststätte "Schloßterrasse".

### 15.08.2005

17:00 - 19:00 Uhr

Beratung Geschäftsführender Vorstand zur Vorbereitung der Bundestagswahl im Hotel "Schlossberg" in Neustadt an der Orla.

### 27.08.2005

08:00 - 17:00 Uhr

Sommerfest der CDU in Burgk

Zör. Sie wurden von Spezialeinheiten umgebracht. Diese furchtbaren Massaker verfolgten den Zweck, die armenische Rasse im türkischen Reich zu vernichten, 1,2 - 1,5 Millionen Menschen wurden umgebracht. Die Türkei leugnet diesen Massenmord bis heute. Sie ist nicht bereit, sich der historischen Wahrheit zu stellen und sich beim armenischen Volk zu entschuldigen. Auch das Verhältnis der Türken zur kurdischen Minderheit ist bis heute nicht bereinigt.

Beleuchtet man die Rechte der Frau in der Türkei, so sieht man sich Jahrhunderte zurückversetzt. Nach wie vor werden junge Frauen vom Familienclan zwangsverheiratet. Bei Scheidungen werden diese Frauen vom Clan verfolgt. Um die Ehre des Familienclans wieder herzustellen, werden unmenschliche Ehrenmorde ausgeführt. Aufgrund des gezahlten Brautgeldes betrachtet der türkische Mann seine Frau als Eigentum. Die Beschneidung der Mädchen, in Wirklichkeit eine Verstümmelung des Körpers, gegen ihren Willen ist ein im Volk verwurzelter Kult. Wie ehrlich es Erdogan mit den Rechten der Frau meint, zeigte die Vorgehensweise der Polizei zum diesjährigen Internationalen Frauentag. Die friedliche Demonstration junger Frauen, Prügel und Verhaftungen waren die Antwort Erdogans.

Ein großes Problem ist heute schon das Gemeinschaftsbudget der 25 EU-Länder. Ein Kampf um die Subventionen ist bereits jetzt entbrannt, wobei es um den Verteilerschlüssel bis 2013 geht. Deutschland soll künftig mehr als 22 Milliarden € schultern. Auch das Referendum zur EU-Verfassung am 29. Mai 2005 in Frankreich zeigt die Unzufriedenheit der Franzosen sowohl zu Innenpolitik als auch zum klaren Bekenntnis Chiracs zur Türkei-Aufnahme in die EU. Bei einem Referendum in Deutschland wäre Schröder und Fischer gleiches widerfahren.

Endlich melden sich auch Stimmen aus Brüssel, die die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in Frage stellen. So ist der Vorsitzende der SPD im EU-Parlament, Martin Schulz, der Ansicht, dass die Türkei mehr für Reformen tun und Zypern völkerrechtlich anerkennen müssen. Der EU-Erweiterungskommissar Ollie Rehn mahnt an, dass bezüglich der Menschenrechte Handlungsbedarf besteht wie z.B. das Recht auf kulturelle Entfaltung, die Reform des Strafrechts und die Rechte der Frauen.

Die Senioren-Union der CDU Saale-Orla unterstützt die Grundaussage des CDU Bundesvorstandes, der eine privilegierte Partnerschaft fordert.

## Impressum

### Herausgeber:

CDU Kreisverband Saale-Orla  
Aumaische Straße 35  
07937 Zeulenroda  
Telefon: (036628) 62233  
Telefax: (036628) 79031  
E-Mail: info@cdu-sok.de  
Internet: www.cdu-sok.de

### Redaktion:

Siegfried Wetzels, Stefan Gruhner,  
Matthias Creutzberg, Jürgen Hauck

### Auflage:

500 Stück

Der Saale | Orla | KURIER erscheint in unregelmäßigen Abständen, mindestens jedoch viermal im Jahr und wird an alle Mitglieder und Freunde verteilt. Für den Inhalt namentlich gekennzeichnete Artikel ist der jeweilige Verfasser verantwortlich.

### Erscheinungsdatum:

20. Juli 2005